

Pressemitteilung

Zur sofortigen Veröffentlichung frei!

Hauptversammlung DaimlerChrysler

Verantwortung von DaimlerChrysler für „verschwundene“ Mitarbeiter in Argentinien bleibt bestehen

Berlin, 7. April 2004 – Die DaimlerChrysler AG steht weiter in der Pflicht, die Vorkommnisse um die während der argentinischen Militärdiktatur verschwundenen Betriebsangehörigen von Mercedes-Benz Argentina (MBA) aufzuklären und geeignete Konsequenzen zu ziehen. Das erklärte amnesty international Deutschland anlässlich der heutigen Hauptversammlung des Unternehmens in Berlin. Nach Auffassung der Menschenrechtsorganisation ist der im Dezember 2003 vorgelegte Untersuchungsbericht nicht geeignet, einen Schlusspunkt in der Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der Firmengeschichte zu setzen. Der Bericht war von DaimlerChrysler in Auftrag gegeben und von einem Team unter Leitung des Völkerrechtsprofessors Christian Tomuschat verfasst worden.

„Der Bericht kann den Verdacht einer rechtlichen Verantwortung einzelner MBA-Mitarbeiter oder des Unternehmens insgesamt nicht ausräumen“, sagte Ferdinand Muggenthaler, Lateinamerika-Referent von ai. Der Bericht kommt zu dem Schluss, es gebe keine wesentlichen Verdachtsmomente. „Nach Prüfung des Berichts ist diese Schlussfolgerung aufgrund der lückenhaften Quellenbasis des Berichts nicht nachvollziehbar“, sagte Muggenthaler. Eine umfassende Untersuchung der rechtlichen Fragen ist und bleibt Aufgabe der Justiz. ai fordert DaimlerChrysler daher auf, bei den laufenden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Buenos Aires und bei möglichen zukünftigen Verfahren voll zu kooperieren und zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen.

Unabhängig von der strafrechtlichen Bewertung der Vorkommnisse hat DaimlerChrysler nach Auffassung von ai eine moralisch-politische Verantwortung. DaimlerChrysler ist Mitglied der Initiative „Global Compact“ der UNO. Das Unternehmen hat sich damit verpflichtet, die Menschenrechte zu achten und nicht zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Mercedes-Benz Argentina hat während der Militärdiktatur diese Prinzipien verletzt. Das geht auch aus dem Untersuchungsbericht hervor. ai fordert DaimlerChrysler auf, seine Verantwortung ernst zu nehmen und geeignete Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese sollten drei Bereiche umfassen: das Verhalten gegenüber überlebenden ehemaligen Betriebsangehörigen und den Angehörigen der Verschwundenen, den eigenen Beitrag zur Aufklärung der Firmengeschichte, sowie das zukünftige Verhalten des Unternehmens.

Während der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien sind mindestens zehn Betriebsangehörige von MBA verschleppt worden. Sie wurden wahrscheinlich in staatlichem Auftrag ermordet. Weitere wurden inhaftiert und gefoltert, überlebten aber. Fast alle waren als gewerkschaftliche Aktivisten bekannt, zwei waren zum Zeitpunkt der Verschleppung Angehörige des unabhängigen Betriebsrats bei MBA.

Für Nachfragen und Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an die ai-Pressestelle, Meike Zoega oder Dawid D. Bartelt, Tel. 030 - 420248-306, mail: presse@amnesty.de.